

Die politische Geschichte der olympischen Spiele: von Berlin 1936 nach Peking 2008

.....

Mag. Reinhard Friesenbichler
Oktober 2007

Sportlicher Vergleich und Völkerverständigung sind die Motive der seit 1896 ausgetragenen olympischen Spiele der Neuzeit. Mittlerweile scheinen aber die politische und ökonomische Dimension bereits die Oberhand gewonnen zu haben, und der verbleibende Rest an sportlichem Vergleich wird überlagert vom medizinischen und technologischen Wettbewerb.

Große Österreicher warfen jüngst ihr Gewicht bei der Bewerbung Salzburgs für die Winterspiele 2014 in die Waagschale. Vergebens. Das Gewicht von Wladimir Putin war größer, und das russische Sotchi wurde zum Austragungsort gekürt. Dies nicht zuletzt gegen den Widerstand von Umweltorganisationen, die die umfangreiche Bautätigkeit mitten in einem Naturschutzgebiet anprangerten. „Wenn viel Geld nicht hilft, dann hilft nur sehr viel Geld“, kommentierte eine Zeitung den Standortentscheid des Internationalen Olympischen Komitees (IOC).

Die Historie der Spiele ist voll von Politik und Propaganda

Die politische Instrumentalisierung zieht sich durch die Geschichte der Olympischen Spiele der Neuzeit. Beliebtes Mittel sind **Boykotts**, wie z.B. jene der USA sowie der Sowjetunion und ihrer Trabanten 1980 bzw. 1984, die an den Spielen im jeweils anderen Land demonstrativ nicht teilnahmen. Die Niederlande, Spanien und die Schweiz boykottierten die Sommerspiele 1956 in Melbourne, um gegen die Niederwerfung des Ungarnaufstands durch die UdSSR zu protestieren, während im gleichen Jahr u.a. Ägypten, Irak und der Libanon wegen der Suezkrise fernblieben. Und 1976 verweigerten sogar 24 afrikanische Staaten ihre Teilnahme, aus Protest gegen Neuseeland, welches sportliche Kontakte zum rassistischen Südafrika pflegte.

Gleichzeitig wurden Staaten durch **Ausschluss** von den Spielen geächtet, so wie z.B. die „Schurkenstaaten“ des ersten Weltkriegs – u.a. Deutschland, Österreich und Ungarn -, die von

den Sommerspielen 1920 in Antwerpen zwar nicht formal ausgeschlossen waren, jedoch „nicht eingeladen“ wurden. Eine einfallsreiche Lösung, um die saubere Weste des IOC zu erhalten. Ähnliches wiederholte sich für Deutschland und Japan nach dem zweiten Weltkrieg. Südafrika war 1964 und 1968 wegen der Apartheitspolitik ausgeschlossen. Und auch Indonesien, China und Nordkorea sowie in der jüngeren Geschichte Afghanistan und der Irak waren zeitweilig unerwünscht. Nicht selten reagierten diese Länder mit sportlichen Gegenveranstaltungen.

Im Gegenzug wurden die **Wiederzulassung** oder die Vergabe der Austragung oft zum Akt der Rehabilitation hochstilisiert, wie zum Beispiel jene an Tokio 1962.

Konflikte zwischen politischen Systemen, insbesondere der Ost-West-Konflikt in der Zeit des kalten Krieges, wurden nicht nur symbolisch am Sportgelände ausgetragen, sondern im Falle des deutsch-deutschen Problems auch auf formaler Ebene. Während 1952 eine rein westdeutsche Equipe bei den Sommerspielen in Helsinki antrat, konnte man von 1956 bis 1964 die Hindernisse u.a. bei der Wahl der Staatssymbole in Form von Flagge und Hymne überwinden und mit einer gesamtdeutschen Mannschaft antreten. Danach gingen die DDR und die BRD auch sportlich eigene Wege und führten harte Kämpfe um die Medaillenbilanz.

Die immense Öffentlichkeitswirkung und Ansammlung von (wichtigen) Menschen macht olympische Spiele zu einem lohnenden Ziel für **Agitation und Terror**. So geschehen durch die Geiselnahme und Ermordung israelischer Athleten durch palästinensische Terroristen 1972 in München. Im Vorfeld der Spiele 1968 in Mexiko wurden Studentendemonstrationen, die sich gegen die Veranstaltung richteten, blutig niedergeschlagen.

Auch **gesellschaftliche Dynamiken** fanden ihren Niederschlag in den olympischen Wettkampfstätten wie z.B. die Black Power Geste zweier afroamerikanischer Leichtathleten bei der Siegerehrung 1968, oder der Wandel des Frauenbildes im Spitzensport, mit ausgelöst durch die Dominanz der Ostblock-Athletinnen bis in die 1960er Jahre.

Nicht selten wurde und wird versucht, mit sportlichen Leistungen **über gesellschaftliche Probleme hinwegzutäuschen** oder mit der Inszenierung der Spiele internationale Reputation zu gewinnen. Gerade in den Ländern des Ostblocks flossen überproportionale Ressourcen in die Ausbildung der Sportler, mit dem Ziel durch Medaillenbilanzen die Stärken des eigenen Systems zu unterstreichen.

Schon die Sommerspiele 1932 in Los Angeles standen in der Kritik, zynisch über die sozialen Problematiken der Wirtschaftsdepression hinwegzugehen. Aber eines der signifikantesten Beispiele für politische Inszenierung sind die **Olympischen Spiele 1936 in Berlin**. Diese bereits im Jahr 1931, also noch zur Zeit der Weimarer Republik, vergebene Veranstaltung betrachtete das nationalsozialistische Regime zunächst als „infames Spektakel, das die Juden dominieren“. Aber Propagandaminister Goebbels erkannte das Potential zur Darstellung der NS-Indologie und der Überlegenheit der deutschen Rasse in der Weltöffentlichkeit und der Suggestion eines friedliebenden Deutschen Reiches. Und dieses Kalkül ging weitgehend auf. Das Regime zeigte sich von seiner besten Seite, und auch sportlich war Deutschland mit

insgesamt 89 Medaillen klare Nummer 1. Detail am Rande: Parallel zur offiziellen Wertung wurde ein so genannter "Arischer Medaillenspiegel" ermittelt, d.h. exklusive afroamerikanischer Sieger und inklusive der für Deutschland günstigen Ehrenpreise in den begleitenden Kunst- und Kulturbewerben.

Austragungsort Peking: Vorschuss auf die Einkehr Chinas in die freie Welt?

Im August 2008 finden die XXIX. **olympischen Sommerspiele der Neuzeit in Peking** statt, und damit nach Berlin 1936, Mexiko-City 1968 und Moskau 1980 zum vierten mal in der Geschichte in einer Stadt in einem autoritär regierten Land.

Man rätselt über die **Motive und Hintergründe** dieser Vergabe-Entscheidung: Eine Geste des IOC als Impuls für und Vorschuss auf die Einkehr Chinas in die freie Welt? Ein fairer Ausgleich zur bisherigen Vergabepraxis, die eher Länder der westlichen Hemisphäre bevorzugt hat? Ein wirtschaftliches Zugeständnis an die Interessen der Unternehmen am chinesischen Milliardenmarkt? Ein politisches Zugeständnis an den legitimen Anspruch einer jungen Weltmacht sich zu profilieren? Oder einfach nur das bessere Austragungskonzept als die Mitbewerber Moskau, Toronto, Paris, Istanbul und Osaka?

Die IOC-Evaluierungs-Kommission jedenfalls erachtete das politische System als „working for China“. Eine zynische Relativierung angesichts der evidenten **Menschenrechtsdefizite** in diesem Land, die von NGOs immer wieder angeprangert werden. Die bisherigen Bemühungen der Regierung scheinen weniger einer Verbesserung der realen Bedingungen sondern eher der Selbstdarstellung zu dienen. 2006 gab die Pekinger Stadtverwaltung bekannt, dass anlässlich der Spiele über 70 lokale Gesetze und Verordnungen erlassen werden. Bestimmte unerwünschte Personen wie Bettler, Wanderarbeiter und geistige Behinderte sollen ferngehalten werden. Auch die gigantischen Bauprojekte bleiben nicht ohne soziale Konsequenzen. 3.000 Familien wurden umgesiedelt. NGOs und Regimekritiker werden wenig Gelegenheit haben, die Inszenierung der zu stören.

Sportlicher Vergleich und Völkerverständigung? Man möchte meine, nach über 100 Jahren olympische Spiele sollte das IOC die politische Dimension ihrer Veranstaltung und damit die eigene Verantwortung erkannt haben.